

Die Sowjetrevisionisten haben die souveränen Interessen der DDR verraten

(Kommentar von Radio Tirana, 7. Oktober 1971)



Vor 22 Jahren, als in Westdeutschland die imperialistischen Mächte die Bonner Regierung schufen, verkündete in Berlin der deutsche Volksrat die DDR und fasste den Beschluß über die Bildung der provisorischen demokratischen Regierung. Die Gründung der DDR stellt ein bedeutendes historisches Ereignis für das deutsche Volk und die Zukunft Deutschlands dar.

Die Beschlüsse der IX. Tagung des deutschen Volksrates über die Ausrufung der Republik und die Schaffung der provisorischen demokratischen Regierung bilden den konkreten Ausdruck der legitimen Bestrebungen des deutschen Volkes und bewiesen seine Entschlossenheit, die Sache der Demokratisierung des Landes, seiner Vereinigung im Einklang mit den historischen Beschlüssen des Potsdamer-Abkommens, in seine eigenen Hände zu nehmen. Dieser Erfolg wurde dank des Kampfs der revolutionären, fortschrittlichen und demokratischen Kräfte selbst des deutschen Volkes gegen den Nazismus ermöglicht.

Eine entscheidende Rolle, spielt in dieser Hinsicht der Sieg der Roten Armee über Hitler-Deutschland, über den aggressiven deutschen Imperialismus, wie auch die vom Sowjetstaat in den Nachkriegsjahren unter Stalins Führung befolgte richtige Politik.

In diesen Jahren hielt sich die Sowjetunion genau an das Potsdamer Abkommen und verteidigte und unterstützte konsequent in allen Fällen die Interessen und Rechte des deutschen Volkes. Das deutsche Volk der demokratischen Republik, alle revolutionären und demokratischen Kräfte Deutschlands werden niemals diese große Hilfe und Unterstützung vergessen, die ihnen in jenen Tagen von der Sowjetunion zuteil wurde. In ihrer korrekten Politik sahen sie die Hauptbürgen für die Realisierung ihrer Hoffnungen. Jedoch nach der Usurpation der Macht durch die revisionistischen Verräter im Kreml änderte sich auch die sowjetische Haltung zu den souveränen Interessen der DDR im besonderen und des deutschen Problems im allgemeinen. Die sowjetischen Führer verrieten die souveränen Interessen der DDR, die Bestrebungen des deutschen Volkes und aller Völker, die ihr Blut im großen antifaschistischen Weltkrieg vergossen haben. Bis vor kurzem stellten die Sowjetrevisionisten die volle internationale Anerkennung der DDR von Seiten der BRD als eine Vorbedingung für den Abschluß einer jeden Vereinbarung mit Bonn. Sie schworen, daß in den sowjetisch-westdeutschen Besprechungen kein Ergebnis erzielt werden würde, wenn Bonn nicht endgültig auf die Alleinvertretungsanmaßung verzichten würde und wenn es seine bisherige Politik der Vereinbarung Deutschlands, d.h. der Einverleibung der DDR verlassen würde. Jetzt ist von diesen feierlichen Erklärungen nichts mehr übrig geblieben. Die sowjetischen Revisionisten fanden den Weg zur Annäherung an die Bonner Revanchisten, machten ihnen ein Zugeständnis nach dem anderen, um mit ihnen zu gemeinsamen Vereinbarungen zu kommen; sie nahmen endgültig vom Friedensvertrag mit Deutschland Abstand und ersetzten ihn mit dem berüchtigten Bonn-Moskau-Vertrag. Der Friedensvertrag mit Deutschland sollte augenscheinlich und völkerrechtlich die beiden deutschen Staaten bestätigen. Der Moskauer-Bonn-Vertrag berücksichtigte dies nicht, verletzte die souveränen Rechte der DDR und setzte sie der koordinierten Gnade und dem Willen des Kremls und Bonns aus. Das Abstandnehmen vom Friedensvertrag, auf Grund dessen die DDR als ein unabhängiger und souveräner Staat alle seine Rechte im inneren Leben und in den Auslandsbeziehungen ausüben würde, und seine Ersetzung mit dem Moskauer-Bonn-Vertrag führten zu weiteren verräterischen Haltungen von selten der Sowjetrevisionisten, die den Ruf und das Prestige der DDR und ihre Souveränität verletzten.

So vergaßen die sowjetischen Führer ihre ehemaligen Verpflichtungen gegenüber Berlin. Wie bekannt, anerkannte schließlich die Sowjetunion die bundesdeutsche Zugehörigkeit West-Berlins, die freie Einreise der West-Deutschen nach West-Berlin, die internationale Vertretung West-Berlins durch die Bonner Regierung usw. Noch zumal die

Sowjetunion es übernahm, die Fragen, die ausschließlich die DDR angehen, die mit der juristischen Stellung und mit der Ausübung der Souveränität und mit der Wahrnehmung ihrer Integrität zu tun haben, selbst zu behandeln. Mit dem Abkommen über West-Berlin verletzen die Sowjetrevisionisten offen selbst den am 20. September 1955 zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossenen Vertrag. In diesem Vertrag heißt es: "Die DDR ist frei in der Lösung von Fragen der Innen- und Außenpolitik, einschließlich auch der Beziehungen zur BRD". Mit dem neuen Abkommen über Berlin entzogen die Sowjetrevisionisten der DDR wieder das Kontrollrecht, indem sie bekräftigen, daß die Sowjetunion die Besatzungsmacht ist und mit den souveränen Rechten und Lebensinteressen der DDR je nach Wunsch umspringt. Auf dieser Grundlage, gleich nach dem West-Berlin-Abkommen, wurde das Treffen unter vier Augen in Orenda durchgeführt.

Vor diesem Treffen gab Brandt eine Reihe Erklärungen ab, in denen die westdeutschen Ambitionen über die DDR zum Ausdruck kamen. "Wir müssen", so erklärte er, "die Folgen der Spaltung des Vaterlandes überwinden. Das West-Berlin-Abkommen, ich bin davon überzeugt, stellt einen wichtigen Schritt in dieser Hinsicht dar. „Der Weg“, sagte er, „ist frei“.

So brachte Brandt vor seinem Treffen mit Breschnew nochmals die weiteren Ziele seiner Ostpolitik ans Tageslicht, d.h. das Ziel der Zusammenarbeit und der imperialistischen Schacher mit den sowjetischen Revisionisten, obwohl im konkreten Fall nicht gesagt werden kann, welche neuen Vereinbarungen die beiden Seiten ausgeklügelt haben. Das Treffen wurde in strengster Heimlichkeit vor den Völkern abgehalten, die Unterredungen werden vor den Völkern verschwiegen. Die Tatsachen zeigen klar, daß die Sowjetrevisionisten die souveränen Interessen der DDR verraten haben. Jedoch, wie weit sie auf diesem Weg noch gehen können, das wird die Zeit zeigen.

Die Moskauer Propaganda kann nicht die annexionistischen und hegemonistischen Züge des deutschen Imperialismus verschleiern
(Kommentar von Radio Tirana, 29. Oktober 1971)

Die Sowjetführung und die ganze Revisionistenpropaganda fährt weiterhin fort, schon seit Brandts Regierungsübernahme, den westdeutschen Imperialismus, den sie zu ihrem Verbündeten in Europa machte, in den schönsten Farben zu schildern. Wenn man den sowjetrevisionistischen Einschätzungen Glauben schenken würde, müßte man anerkennen, daß man sich in Bonn der Hallstein-Doktrin als wertlos entledigt hat. In Moskau und in anderen revisionistischen Hauptstädten hört man nichts mehr über den westdeutschen Revanchismus und Gefahr, die der hektische Imperialismus der, Bundesrepublik Deutschland für den Frieden und die Völker auf dem Kontinent darstellt.

Die Betonung wird jetzt auf eine fiktive Angelegenheit gelegt der zu Folge die Bonner Revanchisten zu guten Männern gestempelt wurden, die die Nachkriegsrealität kennen und auf ihre territorialen Anmaßungen und auf ihre Zielstrebung in Europa, die deutsche Hegemonie herzustellen, verzichtet haben. So bemühen sich die Sowjetrevisionisten, die Zusammenarbeit mit dem westdeutschen Imperialismus zu rechtfertigen. Und das geschieht, da der deutsche Imperialismus ihr Verbündeter Nummer eins in Europa ist, weil sie im Bündnis mit ihm die Zielsetzungen ihrer imperialistischen Politik auf dem Kontinent verwirklichen wollen. Jedoch Moskaus Beziehungen können nicht die annexionistischen und hegemonistischen Anmaßungen des deutschen Imperialismus verdecken. In diesen Tagen wurde sogar selbst der Bundeskanzler Brandt zum Ausdruckgeber der altrevanchistischen Wünsche und Träume. Der westdeutsche Bundeskanzler erklärte schließlich, daß Bonn keineswegs die Spaltung Deutschlands als gesetzlich anerkenne. "Die Respektierung der Grenzen", sagte der Bonner Kanzler „heißt nicht, daß wir für die Herstellung von feindlichen, unzerstörbaren Hindernissen sind.“ Wie ersichtlich, haben solche Erklärungen nicht nur mit den Grenzen der DDR zu tun, sondern auch mit der Oder-Neiße-Grenze usw., worüber Brandt feierlich erklärt hat, daß er sie respektieren wird. Diese engen, dem Inhalt nach genügend den Hitlerischen Erklärungen über die Ungerechtigkeit, die angeblich an der deutschen Nation andere deutschlandfeindliche europäische Völker verübten und über die Mobilisierung des deutschen Volkes, um diese gesetzwidrigen Ungerechtigkeiten auszulösen, um Großdeutschland zu bilden, die nationalistischen und revanchistischen Ambitionen des westdeutschen Imperialismus, den heute Willy Brandt an der Macht vertritt, werden also in Bonn erneut hemmungslos hinausposaunt; sogar als eine Forderung für die Herstellung einer verletzten Gesetzmäßigkeit.

Brandt aber, dieser Erbe der Nationalchauvinisten der II. Internationale, die zu allen Zeiten fleißig dem deutschen Imperialismus dienten, bleibt hier nicht stehen. Er macht in seinen Erklärungen auch noch weiter. Den Gewerkschaftsdelegierten machte er ebenfalls klar, daß die Freundschaft des westdeutschen Imperialismus mit dem Westen, d.h. mit den imperialistischen Westmächten, also auch mit dem sowjetischen Sozialimperialismus, keineswegs heißt, daß man in Bonn die Spaltung Europas als unveränderlich betrachtet.

Gleich wie in Hitlers Jahren tritt der deutsche Imperialismus hier nochmals für eine Wiedereinteilung Europas, für seinen Einflussbereich auf unserem Kontinent auf. Um aber zu herrschen, um den Bereich der Herrschaft und der Plünderung auszudehnen, wie es jetzt die Bonner Revanchisten fordern, muß man den Widerstand der Völker unterdrücken und mit anderen, die das gleiche Ziel haben, sich in Konflikte und Raubkriege verwickeln; und der aggressive westdeutsche Imperialismus bereitet sich fieberhaft auf solche Situationen vor.

Brandts Erklärungen, das letzte Budget, das eine Ausgabe von 26 Milliarden DM für Kriegsausrüstung im nächsten Jahr vorsieht, sind in dieser Hinsicht sehr klarsprechende Tatsachen. Sie zeigen, daß der deutsche Imperialismus neben dem amerikanischen und dem sowjetischen Sozialimperialismus heute eine reale Gefahr für die Völker, den Frieden auf dem Kontinent, für die Unabhängigkeit verschiedener europäischer Völker darstellt. Die Tatsachen bezeugen ebenfalls, daß dafür die Verantwortung dem amerikanischen Imperialismus, dem englischen und französischen zufällt, die bei der Wiederbelebung des deutschen Imperialismus halfen, die das

Potsdamer Abkommen verletzen. Mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus wieder belebten sich die deutschen Monopole, trat die deutsche Bundesrepublik auf der internationalen Arena als wirtschaftlicher Gigant auf, wobei hinzugefügt werden muß, daß sich die Wirtschaft des Landes hauptsächlich aufgrund der Kriegsproduktion entwickelt hatte. Also wurde der westdeutsche Imperialismus mit amerikanischer Hilfe eine militaristische Großmacht, die in der Welt gleich nach den USA kommt.

Für die allmähliche Weiterentwicklung der Situation in diese negative Richtung tragen auch die Sowjetrevisionisten vor den Völkern eine große Verantwortung. Die heutigen Führer der Sowjetunion verletzen ebenfalls das Potsdamer Abkommen. Sie verzichten auf den Friedensvertrag mit Deutschland. Dieser Vertrag würde den deutschen Militarismus bremsen, solche Garantien geben, demzufolge der deutsche Imperialismus nicht noch einmal Europa und die Welt in ein Schlachtfeld verwandeln könnte. Aufgrund dieses Vertrages

würde sich Deutschland zu einem demokratischen und friedliebenden Staat entwickeln, wo militaristische und revanchistische Kräfte kein Tätigkeitsfeld finden würden. Die Sowjetführer jedoch ersetzen diesen Vertrag, worüber sie kein Wort mehr verlieren, durch den berüchtigten Moskau-Bonn-Vertrag vom August des vergangenen Jahres; damit erweisen sie einen guten Dienst dem westdeutschen Imperialismus, verhelfen ihm beträchtlich zu Ansehen in Europa und in der Welt, rehabilitierten den ökonomischen Giganten und machten ihm zum gleichberechtigten Partner im Club der imperialistischen Großmächte.

Mit dem sowjetisch-westdeutschen Vertrag und später mit dem Abkommen über West-Berlin, das in der Tat Bonns Ansprüche auf diese Stadt erfüllte, entfesseln die Sowjetführer weiter ihre Ambitionen, die sie in Bonn züchten. In ihrer Haltung züchten sie und entfesseln wie weiterhin offen diese Anmaßungen. Nicht anders kann der in der „Prawda“ veröffentlichte Artikel anlässlich des 2. Jahrestages des Bestehens der Brandt-Regierung ausgelegt werden. In ihm wird betont, daß die Sowjetunion ihre Unterstützung geben wird, damit Deutschland den verdienten Platz in Europa einnehme. So wären also die revanchistischen und hegemonistischen Ansprüche Bonns genährt.

Brandt nützt meisterhaft sowohl die amerikanische als auch die sowjetische Position Westdeutschland gegenüber für die Stärkung der Positionen des westdeutschen Imperialismus aus. Er fühlt sich bereits heute in einer solchen Lage, daß er nicht die aktuelle Einteilung der Einflussbereiche in Europa billigt. Freilich morgen schon wird Brandt oder ein anderer Vertreter an der Macht des deutschen Imperialismus seine Hände ausstrecken, um andere zu vertreiben, um baldmöglichst zu erlangen, daß Bonn das Gesetz in Europa macht. Infolge also der materiellen und diplomatischen Unterstützung des amerikanischen Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus stellt heute der auf allen Ebenen als Großmacht rehabilitierte westdeutsche Imperialismus eine reine Gefahr für den Völkerfrieden auf dem Kontinent dar.

Indem die Sowjetrevisionisten den westdeutschen Imperialismus in Schutz nehmen, entlarven sie sich in der Tat nochmals als Alliierte der dunkelsten Kräfte der Reaktion in Europa und in der Welt, als Ko-Autor der Komplotte gegen die Völker. Betreffs der letzteren, so sind diese überzeugt, daß viele Unsicherheiten auf dem Kontinent niemals das Ergebnis imperialistischer Machinationen, neuer, in Mitteleuropa oder anderswo von Washington, Moskau oder Bonn geschaffener Konjunkturen, sein können. Nur die unermüdliche Entlarvung des amerikanischen Imperialismus, des sowjetischen Sozialimperialismus und der Bonner Revanchisten, der gemeinsame Kampf aller demokratisch-revolutionären Kräfte und aller Völker, um sie zu schlagen, wird Frieden und Sicherheit in unseren Erdteil bringen.

Der westdeutsche Militarismus – Eine reale Gefahr für die Völker und den Frieden auf dem Kontinent
(Kommentar von Radio Tirana, 21. November 1971)

Entgegen dem Potsdamer Abkommen hat die deutsche Bundesrepublik ihren Militärapparat belebt und erweitert und verfolgt den traditionellen Weg des deutschen Militarismus. Die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland nehmen ständig zu. Wie bereits berichtet, wird Westdeutschland im nächsten Finanzjahr den größten Rüstungsetat haben, der jemals seit ihrer Gründung angenommen worden ist. Der Wirtschafts- und Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, Karl Schiller, erklärte vor kurzem im Bundestag, die Bundesregierung intensiviere beträchtlich ihre Anstrengungen zur Steigerung der Aufrüstung. Die direkten

Ausgaben zu Militärzwecken und zur inneren Sicherheit werden von 23 Milliarden Mark im laufenden Finanzjahr auf 26 Milliarden Mark im nächsten Finanzjahr ansteigen. Die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland werden somit 24,4 Prozent der Ausgaben des kommenden Staatshaushalts bilden, d.h. in 1 1/2 Tagen werden Brandts Sozialdemokraten für Kriegszwecke soviel ausgeben, wie die Christdemokraten im ganzen Jahr 1955.

Die Vertiefung des militaristischen Kurses durch Brandts Sozialdemokraten verfolgt nunmehr gut bekannte Ziele. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde der Geist der Revanche zur amtlichen Staatspolitik, während die Remilitarisierung des Landes und die Schaffung der Streitkräfte der Bundeswehr zu den Grundsteinen dieser Politik gehören. Mit Hilfe der mit ultramodernen Waffen und Ausrüstungen ausgestatteten Bundeswehr hofften und hoffen die westdeutschen Imperialisten, ihre revanchistischen Pläne

zu realisieren. Die Bonner Generale und Politiker erklärten in vielen Fällen in der Vergangenheit und heute, daß die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Schaffung der Bundeswehr, nach ihren Ausdrücken selbst, das Endziel anstreben, Deutschland in seine historischen und nationalen Grenzen zurückzuführen. Die Verfügung über eine starke Armee muß nach ihnen der Bundesrepublik Deutschland solide politische Stellungen in Westeuropa verschaffen. „Die Bundeswehr“, unterstreichen die Autoren einer in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichten Studie, „ist eine der wirkungsvollsten Hebel der Außenpolitik. Sie wurde geschaffen, um Deutschland, d.h. Westdeutschland, zu einem aktiven Verbündeten in der Nato zu machen und um die Bedingungen zu schaffen, welche unserer Regierung gestatten werden zu verhandeln und zu handeln“. Mit anderen Worten, die westdeutschen leitenden Kreise betrachten die Bundeswehr als ein Instrument zur Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, als ein Werkzeug der Außenpolitik, welches dem westdeutschen Imperialismus gestatten wird, seine Forderungen zu formulieren, von den Positionen der Gewalt ausgehend, nicht nur gegenüber seinen Gegnern, sondern auch seinen Verbündeten. Aus diesem Grunde geben die Sozialdemokraten von Jahr zu Jahr mehr Milliarden aus.

Der deutsche Imperialismus bemüht sich natürlich, die eigenen Zielsetzungen zu vertuschen. Eine wichtige Rolle zur Ausübung dieser Aufgabe wurde eben den sozialdemokratischen Spitzenführern zugeordnet. Sie sind mit ihrer pazifistischen, pseudodemokratischen und pseudosozialistischen Phraseologie sehr fleißig.

Brandt wird von der deutschen Bourgeoisie als der Mann bezeichnet, der dem deutschen politischen Leben eine andere Richtung gab, als ob er die deutsche Bundesrepublik zu einer Basis des Friedens und der Sicherheit im Kontinent machte. Dabei haben sie auch die Hilfe der sowjetischen Revisionisten. Die hektische Belebung des politischen Lebens in Westdeutschland stellten letztere im falschen Licht hin. Nach der Propaganda der Sowjetrevisionisten sind jetzt Träger des Militarismus und dafür verantwortlich nur einige Bundeswehrgenerale.. Die westdeutsche Regierung und Kanzler Brandt selbst werden von ihnen als Realisten betrachtet, die sogar den Kräften, welche die Remilitarisierung des Landes, die Vorbereitungen zu weiteren militärischen Abenteuern wollen, feindlich gesinnt seien. Man weiß in der Tat, daß nach der Verlängerung der Frist des Ausnahmegesetzes des Jahres 1968 die Hauptverantwortlichen für die Organisation der Streitkräfte im Lande eben dem Bundeskanzler, der die Hauptrichtung der Staatspolitik bestimmt, besonders der militärischen Politik, sowie dem Verteidigungs- und Innenminister, anvertraut wurde.

Eben das Kabinett Brandt ist es, daß im Bundestag den größten Rüstungsetat, den die Bundesrepublik Deutschland jemals gehabt hat, vorlegte. Mehr denn je bildet die Militarisierung heute das Hauptmerkmal auf allen Lebensgebieten der deutschen Bundesrepublik. Die Streitkräfte Westdeutschlands haben jetzt eine

aktive Stärke von 466.000 Mann, die in Westeuropa am besten mit den modernsten Waffen und Mitteln ausgerüstet sind. Mit einer solchen Truppenstärke hat Hitler seinerzeit den 2. Weltkrieg angefangen. Man darf andererseits nicht vergessen, daß eine weitere Reserve von weiteren 540.000 Mann jeden Moment mobilisiert werden können. Der westdeutsche Kriegsminister Schmidt erklärt offen, es sei sein Ziel, alle jene, die nur stehen können, einrücken zu lassen. Ganz offen zeigte er damit Bonns Machtabsichten für eine totale Mobilmachung auf. Die sozialdemokratischen Führer fördern wie nie zuvor die Waffenproduktion im Lande. Die Deutsche Bundesrepublik verfügt gegenwärtig über eine starke technische, wissenschaftliche und industrielle Basis, die ihr gestattet, die modernsten Waffentypen herzustellen.

Wichtige Forschungen wurden auf dem Gebiet der Atomenergie, des Raketenbaus, des Weltraums usw. gemacht. Die BRD nimmt heute die zweite Stelle nach den Vereinigten Staaten in der westlichen Welt ein, was die Ausrüstung der Streitkräfte mit ballistisch nuklearen Waffen betrifft. Mit der direkten Unterstützung der Regierung Brandt erstrecken die Monopole der Rüstungsindustrie in der deutschen Bundesrepublik ihre Herrschaft über alle Wirtschaftsbereiche. Wie in der letzten Zeit selbst der Sekretär für Rüstungsfragen der Bonner Regierung, E. Mommsen erklärte, erreichen die Rüstungsaufträge ca. 10 Milliarden Mark im Jahr. Ungefähr bis 1974 sollen die Rüstungsaufträge an die 30 Milliarden Mark erreichen. Die größten westdeutschen Firmen, wie Messerschmidt, Krupp, Mannesmann, Klöckner und viele andere haben in der letzten Zeit große Aufträge an Flugzeugen, Panzern, Torpedobooten, Panzertransportern und weiteren Ausrüstungen und Waffen um Milliarden Mark erhalten. Allein Flick erzeugte bisher über 3.700 Panzer des Typs Leopard.

Nach dem westdeutschen Verteidigungsminister Schmidt wird alsbald die Ausrüstung der Bundeswehr mit Panzern dieses Typs abgeschlossen werden. Große Aufträge erhielten auch die Truste, die sich mit der Herstellung von elektronischer Ausrüstung befassen, d.h. mit der Herstellung moderner Waffen.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß die sozialdemokratischen Führer an der Macht Vertreter jener Monopolkreise sind, welche in der Vergangenheit das deutsche Volk zu tragischen Abenteuern führten und die anderen europäischen Völker Millionen Opfer kostete. Sie zeigen, daß der deutsche Militarismus sich heute zu neuen Abenteuern vorbereitet, womit er eine ernste reale Gefahr für die Völker und den Frieden in Europa bildet.

Der Dialog für die Festigung der imperialistischen Allianz zwischen Moskau und Bonn geht weiter
(Kommentar von Radio Tirana, 24. Dezember 1971)

Der Dialog zwischen den Sowjetrevisionisten und den westdeutschen Revanchisten bleibt weiterhin offen. Ständig weilen bei den Sowjetrevisionisten als Gäste entweder Regierungsspitzen, bedeutende Mitglieder der Kleinen Koalition, Angehörige der CDU-Opposition, CDU-Spitzen sowie Vertreter der größten westdeutschen Firmen. So war nach Brandt Scheel Gast der Sowjetrevisionisten und nach ihm der Vorsitzende der CDU, Rainer Barzel. Die Kette der anderen Besucher einer niedrigeren Stufe ist viel größer. Erwähnen wir nur einige davon, wie den Bonner Minister für Technologie, Hans Leussink, eine Gruppe 17 leitender Industrieller sowie führende Männer verschiedener Banken. Erwähnen wir auch den Besuch des Präsidenten der Firma Krupp sowie den von C.W. von Amerongen und andere.

Diese Besucher sind keine Touristen. Diese Besuche zeigen, daß die sowjetisch-westdeutsche Allianz Fortschritte macht, sich in großen Ausmaßen entwickelt unabhängig davon, daß jeder Partner seine imperialistischen Zielsetzungen verfolgt. Die sowjetischen Sozialimperialisten bemühen sich, um jeden Preis die Bundesrepublik Deutschland für sich zu gewinnen, sie als sicheren Alliierten der USA in Europa von letzterem zu trennen. Dazu ist es verständlich, daß sie dem westdeutschen Imperialismus viel mehr anbieten müssen als der US- Imperialismus. Sie müssen also etwas aufopfern - vor allem die souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik. Es ist eine Tatsache, daß, - je mehr die Verhandlungen hinter den Kulissen zwischen Bonn und Moskau intensiviert werden desto mehr auch die Pression der Sowjetrevisionisten und der westdeutschen Revanchisten auf die DDR vermehrt. Die Stufe dieses Druckes nach Konzessionen auf Kosten der Souveränität und der legalen Rechte der DDR als unabhängigem Staat erhöht sich parallel zu der Intensivierung der Treffen und Packerleien zwischen Moskau und Bonn zu der Stufe der bilateralen Verhandlungen.

Dies ist selbstverständlich. Eine Packerlei führt unvermeidlich zu der anderen, eine Konzession zu einer weiteren Konzession. Das Verzicht auf die Prinzipien wird von dem Verrat in der Ideologie, in der Politik, in der Moral usw. begleitet, und man begibt sich immer wieder auf diesen Weg des endlosen Verrats. Dieser hat dem berüchtigten Moskau-Bonn-Vertrag, der als juristische Sanktionierung der neuen imperialistisch-sowjetisch-westdeutschen Allianz und all ihren Ambitionen diene, den Weg für das kapitulationistische Abkommen über Berlin geebnet. Das Hinter-den-Kulissen Spielen in Moskau zwischen den sowjetischen Führern und Scheel für die Ratifizierung des Abkommens vom Obersten Sowjet und vom Bonner Bundestag führten insbesondere zu der Verstärkung der Pressionen der Sowjetrevisionisten gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, damit letztere die Abkommen hinter den Kulissen zwischen den sowjetrevisionistischen und Bonner Regierungsmännern annehme.

Die westdeutschen Regierungsmänner haben niemals einen Hehl aus ihren annektionistischen Forderungen gegenüber der DDR gemacht. Hier wird auch Brandt nicht ausgeschlossen. Aber das, was schließlich ins Auge fällt, ist die Tatsache, daß auch die Sowjetrevisionisten in einem Dokument, das ihre Beziehungen zu Bonn widerspiegelt, die legitimen Rechte über welche nur die DDR verfügt, - als unabhängiger und souveräner Staat-, in Bezug auf die Beziehungen zu den anderen Ländern verletzt haben.

Und sie begrenzen diese Rechte genau wie die Bonner Regierungsleute, nur mit den inneren Vollmachten. In diesem Rahmen betrachtet bedeutet dies, daß die Sowjetrevisionisten ihrerseits die DDR als ein sowjetisches Gouvernement betrachten und. sich bemühen, freie Hand zu haben, um auf Kosten der DDR bei ihren Beziehungen zu der Bundesrepublik Deutschland zu spielen.

Und dies bedeutet schließlich, daß auf dem sowjetisch-westdeutschen Verhandlungstisch die Deutsche Demokratische Republik stets in der Position eines sowjetischen Verwaltungsbezirkes steht und als solcher behandelt wird. Die Sowjetrevisionisten aber gehen sehr weit in den Beziehungen zu den Bonner Revanchisten. Ihre Packerleien und Komplote vertiefen sich, und - wie man so sagt - kommt der Appetit beim Essen.

Und hierbei muß erwähnt werden, daß Barzel sich nicht nach Moskau begab, nur um den Sowjetrevisionisten abermals die Stellungen seiner Partei über das deutsche Problem und die Beziehungen Bonns zu Moskau klarzumachen. Die Haltung seiner Partei, der CDU, über diese Probleme ist allgemein bekannt, und man braucht darüber keine vertraulichen Gespräche zu führen. Man muß also weiter blicken. Barzel ist bekannt als der nachdrücklichste Ausleger der Bonner Politik, um weitere Konzessionen von den Sowjetrevisionisten herauszuschlagen. Er ist als ein Mensch bekannt, der Vorbehalte hat in Bezug auf den sowjetisch-westdeutschen Vertrag, der im August vergangenen Jahres unterzeichnet wurde, dessen Ratifizierung aber absichtlich von den Bonner Regierungsleuten in die Länge gezogen wird, um eine weitere Pression auf Moskau auszuüben, um weitere prinzipielle Zugeständnisse von ihnen zu sichern.

Gegenwärtig wollen die Sowjetrevisionisten ohne Hindernisse zu der Ratifizierung des von ihnen mit Bonn unterzeichneten Vertrags gelangen. Dazu bemühten sie sich, Barzel seine Vorbehalte über die Ratifizierung zu

vereiteln, ihm zu zeigen, daß schließlich und endlich die Bundesrepublik Deutschland nur Gewinne vom oben erwähnten Vertrag zieht.

Außerdem sehen sie in Barzel den Zweig, an welchen sie sich halten können, damit die sowjetisch-westdeutsche Zusammenarbeit nicht vorübergehend sein soll. Bekanntlich hat die CDU Barzel zum Kandidaten für den Bundeskanzlerposten bei den allgemeinen Wahlen des Jahres 1974 nominiert.

Es besteht somit die Möglichkeit der Wachablösung des Kapitals auf dem Thron des Bonner Kanzlers. Die sowjetischen Revisionisten sind alle daran interessiert, daß sie - wie es auch sei - den großen Dialog, den sie mit Bonn mit der Unterzeichnung des Vertrags vom 12. August des vergangenen Jahres begannen, offen halten, diesen Dialog von Päckchen und Komplotten auf der Grundlage dieses Vertrags voranzuführen. Die Vorbehalte Barzels bilden in der Tat neue mögliche Gebiete für Päckchen zwischen beiden Partnern.

Auf dieser Grundlage wird man in Bonn natürlich zu jeder Zeit bereit sein für eine Verstärkung der Allianz mit den sowjetischen Sozialimperialisten. Genau wie die sowjetischen Sozialimperialisten beachten auch die Bonner Revanchisten ihre Interessen im Schoße einer solchen Allianz.

Die Vorbehalte Barzels sind der Preis, den der westdeutsche Revanchismus von den Sowjetrevisionisten verlangt für die Freundschaft mit Bonn.

Die Einladung an Barzel diene als ein Garantieschein Moskaus an die Bonner Revanchisten über die Möglichkeiten einer Zahlung laut deren Forderung auf Kosten des Friedens und der Sicherheit auf dem Kontinent.

Auf dem traditionellen Weg des deutschen Militarismus
(Kommentar von Radio Tirana, 13. März 1972)

Es ist noch nicht lange her, seitdem über das Abkommen berichtet wurde, demgemäß die Bundesrepublik Deutschland 175 Phantom-Flugzeuge in einem Wert von 750 Millionen Dollar von den Vereinigten Staaten kaufen wird. Und jetzt wird aus einer weiteren Nachricht entnommen, daß Westdeutschland 100 Raketen des Typs TOW für seine motorischen Bataillone und für die Luftlandeinferietruppen in den USA kaufen werde.

Der Wert dieses Auftrages soll voraussichtlich die 14-Millionen-Dollargrenze erreichen.

Parallel dazu verlautet aus Hamburg, daß die größte Schiffswerft Westdeutschlands, Howaldtwerke Werft AG, und die andere Schiffswerft Blohm und Voss Verhandlungen führen, um sich zu verschmelzen und einen einzigen Konzern zu bilden. Beide dieser Schiffswerften sind auf den umfangreichen Bau von Kriegsschiffen spezialisiert. Mit der Verschmelzung dieser zwei gewaltigen Werften beabsichtigen deren Eigentümer ein Zentrum der Ausrüstung auf dem Gebiet des Schiffbaus zu gründen. Auch ist bekannt, daß die Howaldtwerke mit der Unterstützung der Bonner Regierung sich für den Bau von Unterseebooten spezialisiert haben.

Wie man also bemerken kann, konzentriert der deutsche Imperialismus die militärische Industriekapazität, um die Rüstungsindustrie möglichst wirkungsvoller und stärker zu machen. Was wir hier erleben, sind die jüngsten, aber nicht die einzigsten Tatsachen, die vom zügellosen Rhythmus der Militarisierung des Lebens in der Bundesrepublik Deutschland zeugen.

Hier wurden nunmehr bekannte Tatsachen ans Tageslicht gebracht. In diesen Rahmen gehören auch die Erklärungen des westdeutschen Verteidigungsministers über die demnächst erfolgende Ausrüstung der Bundeswehr mit Panzern des Typs "Leopard", die Aufrufe für eine allgemeine Mobilmachung, bzw. für die Einberufung zum Militär all jener, die auf den Füßen stehen können und anderen mehr.

Gegenwärtig werden in der Bundesrepublik Deutschland an die 3 Millionen DM pro Stunde für Ausrüstungen ausgegeben und auf dem jüngsten Kongress der sozialdemokratischen Partei machten es Brandt und andere Spitzen dieser Partei klar, daß es keine Verringerung, sei es auch eine symbolische Verringerung dieses Betrags, geben werde, der für die Kriegsvorbereitungen verwendet wird. Im Gegenteil, lauten die Voraussetzungen, sollen die Ausgaben zu diesem Zweck in Zukunft neue Rekordziffern erreichen. Im Jahr 1974 wird vorgesehen, daß die Aufträge die 30 Milliarden erreichen sollen. Die Truste der elektronischen Ausrüstungen, der Fabrikation der modernen Waffen in der BRD stehen in vollem Betrieb. In einer oder in anderer Form haben die Rüstungsmonopole ihre Aktivität auf alle Zweige der westdeutschen Wirtschaft erstreckt.

Der deutsche Imperialismus, dessen Vertreter an der Macht jetzt die Sozialdemokraten sind, schreitet also rasch auf dem Wege des Militarismus. Er nutzt dazu alle Möglichkeiten alle äußeren Quellen aus, die Hilfe des amerikanischen Imperialismus und alle inneren nationalen Quellen, die er auf die Geleise des Militarismus bringt. Durch diese Maßnahmen vertritt er gegenwärtig eine der größten Militärmächte unserer Epoche. In Europa kommt die Bundesrepublik Deutschland nach der Sowjetunion, was die Militärmacht anbelangt, und auf der Welt nimmt sie die dritte Stelle ein, nach den USA und der Sowjetunion.

Trotzdem aber hat Kanzler Brandt erklärt, daß es heute unmöglich sei, sich eine militärische Übermacht für eine längere Zeitspanne zu sichern. Und dies bedeutet, daß der deutsche Imperialismus in seinen fieberhaften Bestrebungen für die Militarisierung des Landes nicht nur auf die Wahrung der übermächtigen Stellung, die er auf dem militärischen Gebiet im Verhältnis zu den anderen Ländern besitzt, hinzielt, sondern, daß er, wenn möglich, in einer nicht allzu fernen Zukunft auch beabsichtigt, mit den beiden imperialistischen

Supermächten, die sich gegenwärtig eine militärische Übermacht verschafft haben, zu konkurrieren.

Und weshalb benötigt der westdeutsche Imperialismus diese Position auf dem militärischen Gebiet? Dies ist natürlich bekannt.

Es genügt, wenn wir uns dazu auf die jüngste Geschichte der Jahre 1914/1918 und 1939/1945 oder auch auf die Erklärungen des westdeutschen Kanzlers Brandt beziehen. Einige Male schon hat sich der Bonner Kanzler gegen die Zementierung der bestehenden Grenzen in Europa ausgesprochen. Offen hat er sich einige Male über die Respektierung der bestehenden Grenzen ausgedrückt, indem er zugleich präziserte, daß Respektierung keineswegs Anerkennung bedeutet.

Diese Erklärung hat mehr den Sinn eines Waffenstillstandes, den Brandt annimmt, um dann diesen Waffenstillstand zur Befestigung seiner Positionen und, von diesen Positionen ausgehend, für die Revanche auszunutzen. Deshalb willigte er nicht ein, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, was bedeutet, daß er die Kapitulation, das Ende der revanchistischen und hegemonistischen Anmaßungen des deutschen Imperi-

alismus auf dem Kontinent nicht anerkennt. Diese Stellungnahme des westdeutschen Imperialismus ist mehr als klar. Auch sie werfen ein klares Licht auf die ständigen Tatsachen der Militarisierung des Lebens im Land.

Aber in dieser Reihenfolge der Geschehnisse fällt die Tatsache ins Auge, was für eine Haltung die Sowjetrevisionisten dazu einnehmen, fällt ihre niederträchtige verräterische Rolle auf, das günstige Klima, das sie dem deutschen Imperialismus und Revanchismus geschaffen haben.

Sehr sinnvoll ist die Tatsache, daß während in Bonn die jüngsten Mitteilungen über den Ankauf der TOW – Raketen bzw. über die Konzentration der Kräfte des westdeutschen Kapitals, um die Rüstungsindustrie möglichst wirkungsvoller zu machen, durchgegeben wurden, in Moskau noch nicht die Tinte auf den Erklärungen der Sowjetrevisionisten, die die Bonner Rüster als Kämpfer um den Frieden und gegen die Kräfte, die den Krieg propagieren, darstellen, getrocknet war.

Während Bonn konkrete Schritte zur weiteren Militarisierung des Landes unternimmt, räumen verschiedene Organe der Moskauer Propaganda den Erklärungen der verschiedenen westdeutschen Minister wie Ehmke, Genscher und andere über die angebliche Politik des Friedens und der Entspannung, über einen großen Beitrag für die Festigung des Friedens und anderes mehr eine besondere Stelle ein. Die TASS ließ dieser Tage sogar die bekannte Formel über eine "historische Wende in Europa" im Ergebnis der Wende in Richtung des Realismus des Westdeutschen-Imperialismus nicht unerwähnt. Zugleich wurde eine Ehrenstelle für die Erklärungen Brandts und Scheels über die Konferenz für Europäische Sicherheit und, in diesem Zusammenhang, über das Problem der Verringerung der Streitkräfte und der Abrüstung eingeräumt.

Aber all dies ist nur eine Demagogie, um die Verstärkung der Moskau-Bonner Allianz zu rechtfertigen. Die Tatsachen sind das beste Mittel, um das zu widerlegen, was zum politischen Konsum gesagt wird. Die Realität verzerrend und versteckend, berechnen die Sowjetrevisionisten sicherlich ihre Interessen, die sich auf den wirtschaftlichen und den politischen Bereich erstrecken. Diesen Interessen zuliebe bemühen sie sich, unter den Völkern Illusionen zu erwecken, ihre Wachsamkeit angesichts der Gefahr des westdeutschen Imperialismus zu drosseln, seinen Weg mit einer friedlichen Firnis zu maskieren.

Diese propagandistische und Verratspolitik bringt objektiv Wasser auf die Mühle des westdeutschen militaristischen Imperialismus, weil sie ihm die Ruhe sichert, um sich weiterhin auf dem Weg des Militarismus zu bewegen. Diese Politik zielt objektiv auf die Lahmlegung des Widerstandes gegenüber diesem Imperialismus hin, sei es auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

So leisten die sowjetischen Sozialimperialisten neben dem amerikanischen Imperialismus ihre Hilfe, damit der deutsche Militarismus seinen traditionellen Weg fortsetzen könne. Die Folgen eines solchen Weges und einer solchen Politik, würde man ihnen keinen Halt gebieten, können sich katastrophal für die europäischen Völker und für den Frieden im Kontinent auswirken.